

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 79 (1985)
Heft: 4-5

Artikel: Keine Demokratie ohne soziale Revolution in Zentralamerika
Autor: Berger, Roman
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-143189>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 29.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Keine Demokratie ohne soziale Revolution in Zentralamerika

Die Walesas und Popieluszkis in Zentralamerika – es wird mit verschiedenen Massstäben gemessen

Als ich im Herbst vor einem Jahr in Guatemala weilte, wurde eben bekannt, der polnische Arbeiterführer Lech Walesa werde mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. In einer kleinen Zeitung, die wegen ihrer liberalen Haltung mit grossen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, schrieb ein Kommentator zu diesem Ereignis: «Im Gedenken an unsere eigenen ignorierten Gewerkschaftsführer möchten auch wir Lech Walesa gratulieren. Wir gratulieren ihm zu seinem Kampf, zu seiner Liebe für die Freiheit, zu seiner Ausdauer, und vor allem gratulieren wir ihm dafür, dass er nicht in Lateinamerika geboren worden ist.»

Im Klartext, und das hätte der Kommentator in Guatemala so nicht schreiben können, heisst das: Ein Lech Walesa wäre in Guatemala schon lange im Gefängnis, im Exil oder noch wahrscheinlicher ermordet; sicher hätte er nie den Friedensnobelpreis erhalten. Denn Figuren wie Lech Walesa werden in Zentralamerika «neutralisiert», bevor sie international bekannt werden.

Vielleicht hat sich der gleiche Kommentator diesen Herbst ähnliche Gedanken gemacht, als er die Schlagzeilen über den polnischen Priester Jerzy Popieluszko las, der von der polnischen Geheimpolizei ermordet worden ist. Es gibt viele Popieluszkis in Guatemala, El Salvador und Honduras. Im Gegensatz zum polnischen Popieluszko wird aber ihr Schicksal einer breiteren Öffentlichkeit kaum je

bekannt, sie werden buchstäblich tot geschwiegen.

Ganz offensichtlich: Der geographische, noch mehr der ideologisch-politische Standort, die politischen Interessen spielen eine entscheidende Rolle, ob ein Ereignis in der Öffentlichkeit zur Kenntnis genommen wird und welchen Stellenwert es allenfalls erhält. Es wird mit verschiedenen Massstäben gemessen.

Von Nicaragua westliche Demokratie und westlichen Pluralismus zu verlangen, ist arrogant und ahistorisch

Ich möchte im folgenden am Beispiel Nicaraguas bzw. Zentralamerikas und anhand des Demokratiebegriffs einige Fragen aufwerfen: Wie passen unsere europäischen Demokratievorstellungen und Forderungen mit den Realitäten in Zentralamerika zusammen? Wie sieht dieses Verhältnis zwischen Zentralamerika und den USA aus, deren Regierung ihr Demokratieverständnis Zentralamerika heute mit allen Mitteln aufzwingen will und die mit ihrer Informationspolitik auch unser Bild von Zentralamerika sehr stark beeinflusst? Und schliesslich möchte ich auch noch einige kritische Fragen zu Vorstellungen der Linken und der Solidaritätsbewegungen in Europa stellen.

Das zentralamerikanische Land Nicaragua, das während Jahrzehnten schlimmster Diktatur von der Öffentlichkeit ignoriert worden war, ist nun seit mehr als fünf Jahren das vielleicht am schärfsten beobachtete Land der Welt. Hunderte von Journalisten und Beobachtern suchen dieses Land buchstäblich heim. Als ich einem Sandinistenführer

gegenübersass, der sichtlich völlig überarbeitet war, aber trotzdem geduldig auf meine Fragen antwortete, die er wahrscheinlich schon Dutzenden von Journalisten beantwortet hatte, da kam mir die Frage: Wie würden wohl wir Schweizer reagieren, wenn wir in einer schwierigen Phase unserer Geschichte plötzlich von einer Horde von Medienleuten und Beobachtern, echten und falschen Ratgebern überfallen würden, die die Probleme unserer Gesellschaft vor aller Welt bis in die kleinsten Details sezierten?

Wir verlangen von Nicaragua, so konnte man in vielen Kommentaren und Berichten zu den Wahlen in diesem Land lesen, dass hier Demokratie und Pluralismus entstehen. Gibt man sich auch genügend Rechenschaft, welche Anmassung hinter dieser Forderung steht? In einem Land, das vor fünf Jahren mit grössten Opfern eine jahrzehntealte Diktatur überwunden hat, soll eine politische Entwicklung in einem Tempo nachgeholt werden, die bei uns in Europa unter unvergleichlich besseren Bedingungen Jahrzehnte, ja Jahrhunderte dauerte. Wir kritisieren zum Beispiel die Sandinisten, weil sie im revolutionären Nicaragua eine Vormachtstellung beanspruchen. Dass die Sandinisten beim Sturz der Somoza-Diktatur eben diese Rolle tatsächlich innehatten und ein politisches Vakuum ausfüllten, weil die bürgerliche Opposition bis in die Schlussphase versagt hatte, über diese historischen Hintergründe gibt man sich kaum mehr Rechenschaft.

Heute in Nicaragua eine Demokratie und einen Pluralismus verlangen, die westeuropäischen Vorstellungen entsprechen, ist nicht nur arrogant, sondern heisst auch ahistorisch denken. Werfen wir doch einen Blick auf unsere eigene Geschichte. Wie lange dauerte es, bis in der Schweiz des 19. Jahrhunderts die Liberalen ihre Alleinherrschaft in der Exekutive des Bundes lockerten und bereit

waren, mit den im Kulturkampf unterlegenen Konservativen die Macht zu teilen? Der Aufbau von Demokratie und Pluralismus war auch in Europa keine geradlinige Entwicklung, sondern ein Prozess über Jahrzehnte mit vielen Rückschlägen, ein Prozess, der auch heute noch nicht abgeschlossen ist. Noch heute diskutieren wir in der Schweiz, ob nun erstmals ein Mann der SP in der Direktion der Nationalbank Einsitz nehmen darf oder ob ein CVP-Offizier Generalstabschef werden soll. Und dabei muss man sich doch immer bewusst bleiben, dass die dramatische politische und wirtschaftliche Lage Nicaraguas keineswegs mit der doch gesicherten Wohlfahrtsdemokratie in unserem Land vergleichbar ist.

In der Demokratiediskussion muss man sich auch vor Augen halten, dass die gesamte geistesgeschichtliche Entwicklung Lateinamerikas anders als in Mitteleuropa verlaufen ist. In Lateinamerika gab es weder eine Zeit der Aufklärung, noch ein positivistisches 19. Jahrhundert, und die industrielle Revolution setzte später ein. Wichtige Etappen zur Demokratiebildung also, die in Europa über Jahrhunderte hinweg nacheinander stattfinden konnten, werden in Lateinamerika nebeneinander und in einem viel gedrängteren Zeitraffer heute nachgeholt.

Die lateinamerikanischen Länder waren in ihrer Geschichte jahrhundertlang fremdbestimmt, zuerst durch die europäischen Kolonialmächte und dann durch die USA. Das trifft für Nicaragua ganz besonders zu, das ja während der Diktatur unter amerikanischer Vormundschaft stand und gar keine Gelegenheit hatte, zu einer eigenen Identität zu gelangen. «Unsere Völker müssen zuerst Nationen werden, bevor sie Demokratien werden können», meint der mexikanische Schriftsteller und Exdiplomate Carlos Fuentes.

Umverteilung der Güter als Voraussetzung der Demokratie oder «Somozismus ohne Somoza»

Man sagt, in Zentralamerika habe das Volk keine «demokratische Erfahrung». Das ist falsch. Die Bevölkerung in Nicaragua oder El Salvador kennt die Demokratie schon lange, sie hat sie aber als Leerformel, als reine Farce erfahren. Nach der Befreiung von der Kolonialherrschaft gab sich die Elite in Lateinamerika wohl fortschrittlich liberale Verfassungen nach europäischem Vorbild, an den wirtschaftlichen Strukturen jedoch änderte sich nichts. An die Stelle der Kolonialherren trat die einheimische Oberschicht. Das koloniale System der Grundbesitzer wurde beibehalten. Die Oberschicht und das Bürgertum teilten sich in Konservative und Liberale und trugen die politischen Konflikte unter sich aus. Als Paradebeispiel dieser Art von Demokratieverständnis kann Nicaragua dienen: eine Familiendiktatur, verkleidet in eine formale Demokratie mit zwei Parteien, den Liberalen und den Konservativen. Der Somoza-Clan hatte mit den oppositionellen Konservativen einen Pakt geschlossen. Er erlaubte ihnen, sich an den wirtschaftlichen Privilegien zu beteiligen für ihre Bereitschaft, die Rolle einer formalen Oppositionspartei zu übernehmen.

In Nicaragua und in vielen anderen Ländern Lateinamerikas wurde der liberale Demokratiebegriff rein mechanisch angewandt, als blosser politische Methode, nicht als ethisches und soziales Ziel. Der Zynismus im Umgang mit der Demokratie wurde von den USA und auch von vielen europäischen Beobachtern geradezu ermutigt, und zwar ausgerechnet von den gleichen Stimmen, die nun heute den Sandinisten vorwerfen, keine echten Wahlen durchgeführt zu haben.

In Europa und in den USA wird der Konflikt zwischen der reichen Oberschicht und dem Proletariat als Gegensatz quantitativer Art verstanden. Die ei-

nen haben mehr als die anderen. Der Konflikt hat aber einen qualitativen Charakter. Eine grundsätzliche Ungleichheit liegt ihm zugrunde. Und um diese Ungleichheit zu überwinden, muss wirtschaftliche und politische Macht gebrochen werden. Demokratie ist ein strukturelles Problem, ein Problem der Verteilung. Diese Problematik wird in den USA und in Europa nicht eingesehen, wo man immer noch glaubt, mit Wirtschaftshilfe, Wachstum, dem sogenannten Trickle-down-Effekt das Problem der Verteilung lösen zu können.

In Nicaraguas Bürgertum und im Westen fand der Sturz Somozas breite Unterstützung. Es war ein rein politischer Akt. Viele hofften auf eine Fortsetzung des Status quo mit einigen Reformen, auf einen «Somozismus ohne Somoza». Als die Sandinisten mit Strukturreformen, also mit der Demokratie als Verteilungsgerechtigkeit, ernst machten, da begannen sich die Geister zu scheiden. Das Konzept der Umverteilung der Güter als Voraussetzung wirklicher Demokratie stösst in westlichen Industrieländern und vor allem in den USA auf Unverständnis und Opposition. Ja, es hat zu eigentlichen Einmischungsversuchen und Interventionen geführt. Ich erinnere an Kuba, Chile unter Allende oder eben heute Nicaragua.

In Nicaragua gibt es keine wichtigen Rohstoffe, es geht auch nicht um die Verstaatlichung grosser Investitionen von multinationalen Konzernen wie in Allendes Chile. Auch die These, Nicaragua könnte zu einem «zweiten Kuba» werden, wie sie vom amerikanischen Verteidigungsminister Weinberger geäussert wurde, steht auf schwachen Füßen und wirkt unglaubwürdig. Was ist es denn, das die USA in Nicaragua so provoziert? Ich glaube, letztlich ist es die Angst, Nicaragua könnte ein gutes Beispiel werden für ganz Zentralamerika und ganz Lateinamerika. Es könnte zeigen, wie man es anders machen könnte, dass es Alternativen gibt für eine Entwicklung

unabhängig vom «american way of life» und von den Anordnungen der amerikanischen Botschaft.

Vom kapitalistisch verkürzten Demokratieverständnis zur psychologischen Kriegführung der USA

Weil wir heute die meisten Informationen zu Zentralamerika über amerikanische Informationsträger erhalten, möchte ich nun auch noch einige Bemerkungen zum Demokratiebegriff aus amerikanischer Sicht machen.

In seinen berühmten Betrachtungen «Über die Demokratie in Amerika» im 19. Jahrhundert beglückwünschte der französische Aristokrat Alexis de Tocqueville die USA dazu, dass sie nur einen Unabhängigkeitskampf gegen eine ferne Kolonialmacht, aber nie einen sozial-revolutionären Konflikt durchzustehen hatten, der mit der Überwindung des Feudalismus in Europa zu vergleichen wäre. Und der amerikanische Historiker Louis Hartz spricht vom Vorteil der USA, im Gegensatz zu Europa «direkt in die Demokratie hineingeboren» worden zu sein – ohne eine bürgerliche Revolution. Dieses historische Privileg oder die fehlende Erfahrung einer bürgerlichen Revolution erweist sich heute für die USA im Umgang mit der Dritten Welt und ihren sozialrevolutionären Bewegungen zweifellos als Schwäche.

In der politischen Führung der USA gibt es wenig Verständnis für die Tatsache, dass in Gesellschaften, die jahrzehntelang von Oligarchien beherrscht waren, zuerst tiefgreifende Machtveränderungen erfolgen müssen, dass revolutionäre Prozesse Zeit benötigen und notwendigerweise andere Gesellschaftsstrukturen hervorbringen. Amerikanische Regierungen fürchten, bei Revolutionen Einfluss und Kontrolle über das betreffende Land zu verlieren. Revolutionen, die man als von Kuba und Moskau aus gesteuert betrachtet, werden deshalb bekämpft. Gleichzeitig hofft man aber, eine Gesellschaft innerhalb

der vorhandenen Strukturen von oben nach unten reformieren, die Oligarchie und die Armee von ihren korruptesten Elementen reinigen zu können. Die formalen Aspekte, das Vorhandensein von mindestens zwei Parteien und die Abhaltung von technisch einwandfreien Wahlen, werden in den Vordergrund gestellt. Im politischen Verständnis der meisten Amerikaner sind Demokratie und Kapitalismus – und zwar die viel härtere Gangart des amerikanischen Kapitalismus – deckungsgleich.

Dieses eingeeengte Demokratieverständnis vergrössert nun aber gleichzeitig Amerikas Sicherheitsbedürfnis. Wer mit dem «american way of life» nicht einverstanden ist, gilt als suspekt. Folgerichtig wird auch die innere Ordnung eines Staates in den Einflussbereich der USA einbezogen. Weil man in den USA wieder mehr denn je davon überzeugt ist, die beste Gesellschaftsordnung zu besitzen, ist auch die Vorstellung unausrottbar, die ganze Welt könne nach dem Vorbild der USA aufgebaut werden.

Präsident Reagan hat es im Falle von Nicaragua sehr geschickt verstanden, die beiden Bereiche, die Gesellschaftspolitik der Sandinisten einerseits und ihre Aussenpolitik andererseits, zu vermischen. Reagan bestraft die Sandinisten vor allem für ihre sogenannten «internen Sünden», weil sie in Washingtons Optik zu wenig «demokratisch» und «pluralistisch» sind.

In der Administration Reagan scheut man auch vor plumper Manipulation und Desinformation nicht zurück, um den eigenen politischen Zielen nachzuhelfen. Ich erinnere an das berühmte «Weissbuch zu El Salvador», mit dem die Administration Reagan kurz nach ihrem Amtsantritt im Frühling 1981 beweisen wollte, dass die Guerilla in El Salvador ihre Waffen in einem grossen Umfang aus Nicaragua erhalte. Niemand anders als das unverdächtige «Wall Street Journal» konnte dann nachweisen, wie wichtiges Beweismaterial in diesem Weiss-

buch manipuliert und gefälscht worden war. Ich erinnere an Meldungen, wonach die Juden in Nicaragua verfolgt würden, was sich als völlig unwahr erwiesen hat. Damit versucht man aber, die Sandinisten als Antisemiten zu diskreditieren, vor allem bei den amerikanischen Juden, die ein wichtiges Segment auf dem liberalen und linken Flügel des amerikanischen Politspektrums bilden.

Ins gleiche Kapitel gehen regelmässig vorgebrachte Anschuldigungen, die Religion werde in Nicaragua systematisch unterdrückt. Auch diese Behauptung ist schon öfters, jüngstens durch einen Bericht des amerikanischen «National Council of Churches» gründlich widerlegt worden. Damit versucht man, die Kirchen in den USA, vor allem die katholische Bischofskonferenz, zu beeinflussen, die Reagans Zentralamerikapolitik schon öfters scharf verurteilt hat.

Damit soll nicht gesagt werden, dass in Nicaragua keine Fehler begangen würden und alles rund laufe. Es gibt aber genug Indizien, die auf eine bewusste Strategie der US-Regierung hinweisen, die Sandinisten mit übertriebenen Negativmeldungen oder gar fabrizierten Falschmeldungen zu diskreditieren. Neben dem mit Waffen und wirtschaftlichen Sanktionen geführten Krieg gibt es einen psychologischen Krieg, mit dem die politische Führung und die Bevölkerung in Nicaragua ständig unter Druck gehalten werden sollen. Die US-Regierung hat alles Interesse, die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf Nicaragua und die Sandinisten zu lenken. Damit soll von den Aktivitäten der Contras, von El Salvador, Honduras und Guatemala abgelenkt werden, von Schauplätzen also, wo die USA an Publizität wenig Interesse haben, weil man dann eben Vergleiche anstellen könnte.

In die Spannungsstrategie gegen Nicaragua gehört auch die Krise um die angebliche Lieferung sowjetischer Kampfflugzeuge des Typs Mig. Noch sind nicht

alle Hintergründe dieser Scheinkrise bekannt.

Ein eigenes Kapitel in der Informationsproblematik bilden die Sprache und die Terminologie. In den amerikanischen Regierungsmitteilungen, in den Erklärungen und Reden des Präsidenten werden die Sandinisten regelmässig als «leftist», «marxist leninist» oder «totalitarian» etikettiert. Diese für viele Ohren zweifellos negative Charakterisierung wird dann von den Nachrichtenagenturen und Korrespondenten oft unbesehen übernommen und erscheint ohne Zitat-hinweis in den Medien. Und wenn dann die Contras ihrerseits als «Guerilla» und «Freischärler» bezeichnet werden, sind Konfusion und Manipulation in der wenig informierten Öffentlichkeit perfekt.

Heroisierung und unkritische Solidarität als Versuchung und Gefahr für die europäische Linke

Nicaragua, Zentralamerika nur mit eigenen Augen sehen zu wollen, die Geschichte der Dritten Welt mit eigenen Begriffen und Vorstellungen schreiben zu wollen, gilt diese Versuchung und Gefahr nicht auch für die Solidaritätsgruppen und die Linke in Europa? Der Franzose Pascal Bruckner schreibt in seiner zynisch und polemisch abgefassten Kritik zum Verhältnis Europas gegenüber der Dritten Welt: «Die südliche Hemisphäre war für die multinationalen Konzerne eine wundervolle Rohstoffreserve, für eine gewisse Linke wurde sie zu einer phantastischen Mine von Illusionen».

Eigene, nicht erfüllte Hoffnungen und Illusionen zu Hause, die 68er Zeit, die Bewegung der 80er Jahre, die Friedensbewegung, werden auf Bewegungen und Revolutionen anderer Länder übertragen. Wie oft schon haben sich Hoffnungen der Linken auf die Vorgänge in einem einzigen Land konzentriert? Kuba, Vietnam, China, Allendes Chile, Uruguay, Portugal und Spanien nach dem Sturz der Diktaturen und nun Nicaragua,

El Salvador. Morgen vielleicht Guatemala, die Philippinen.

Die Tatsache, dass Ausbeutung, Unterdrückung, Fremdbestimmung in einzelnen Ländern in bestimmten Phasen überwunden werden können, weckt gewaltige Hoffnungen in Europa, wo es zu vergleichbaren historischen Brüchen nicht mehr kommt. Die Chance, neu beginnen zu können, weckt Hoffnungen auf den Aufbau einer «neuen Gesellschaft», auf einen «neuen Menschen», auf die «Revolution der Bleistifte», die «Revolution der Zärtlichkeit». Damit aber wird die betreffende Gesellschaft unter einen enormen Druck gesetzt, unmögliche Erwartungen zu erfüllen.

Heroisierung und unkritische Solidarität verfälschen die Wirklichkeit und machen gleichgültig gegenüber Fakten. Soll man die Sandinisten kritisieren dürfen, wenn Somoza so viel schlimmer war und Nicaragua heute von der Grossmacht USA direkt bedrängt wird? Heroisierung und unkritische Solidarität sind

auf lange Sicht kontraproduktiv für beide Seiten, für Nicaragua und für die Solidaritätsbewegungen in Europa.

Den Sandinisten wird mit einer unkritischen Haltung eine sehr wesentliche Freiheit verweigert, nämlich die Freiheit, selber Fehler zu begehen und selber schuldig zu werden.

Mit der Heroisierung wird auch die Enttäuschung, die Gleichgültigkeit und Verbitterung in Europa vorprogrammiert. Wieviele ehemalige Castro-Schwärmer begegnen heute Kuba mit tiefsten Ressentiments und einer Haltung des Hasses, die Castro und Kuba durchaus nicht verdienen. Unkritische Solidarität zerstört die Solidarität von morgen. Solidarität mit einer heldenhaften Guerilla ist sehr leicht. Aber wo bleibt die Solidarität, wenn der ehemalige Guerillero in einem Büro ein Spital oder das Abfuhrwesen verwalten muss, wenn Nicaragua in einem völlig unheroischen, bürokratischen Alltag die mühsame Aufgabe an die Hand nehmen muss, einen Staat aufzubauen?

Hansjörg Braunschweig

Zur schweizerischen Aussenpolitik gegenüber Zentralamerika

1. Zentralamerika und die schweizerische Neutralitätspolitik

Für mich ist die Neutralitätspolitik keine Schranke, weil ich sie als ein Mittel im Dienste der Solidarität verstehe. Ich betone dies, weil viele in der Schweiz die Solidarität der Neutralitätspolitik unterordnen. Demgegenüber sehe ich die Neutralitätspolitik im Dienste der nicht-militärischen Konfliktlösungen oder der Gerechtigkeit, die auch Freiheit, Menschlichkeit, Selbstbestimmung, Berücksichtigung der Minderheiten einschliesst. Es ist beides denkbar: dass man in einem Konflikt keine Stellung ein-

nimmt, um für die Vermittlung bereit zu sein, oder dass man ausdrücklich Stellung bezieht.

Der Fall, wo die Schweiz ausdrücklich Stellung beziehen muss, liegt im Konflikt um Zentralamerika vor, weil es hier um eine Auseinandersetzung zwischen kleinen, geschwächten Staaten und einer Weltmacht, weil es um eine Auseinandersetzung zwischen der Ersten und der Dritten Welt geht, weil wir feststellen müssen, dass die Verantwortung für die Konfliktsituation einseitig bei den Vereinigten Staaten liegt, und schliesslich, weil die USA immer wieder versuchen, sozia-